

Kommentar:

»Sachzwänge werden künstlich erzeugt«

Kommunikations-Experte Ulrich Jochimsen*) über die Entwicklung des Kabelfernsehens in der Bundesrepublik:

Politisch tragfähige Lösungen für den Ausbau unseres Kommunikations-Systems können nur in öffentlicher Auseinandersetzung, nicht in hinter verschlossenen Türen tagenden Zirkeln von Beamten, Technikern oder Absatzplanern gefunden und entwickelt werden, erklärte der damalige Bundesminister für Forschung und Technologie, Professor Dr. Horst Ehmke, anlässlich der ersten öffentlichen Ankündigung zur Berufung der KtK. Aber gerade dieser honoräre Leitsatz wurde bei der Arbeit der »Kommission zum Ausbau des technischen Kommunikations-Systems« schließlich aufs äußerste mißachtet.

Es muß festgehalten werden: Die Bundesregierung hat, durch die Formulierung ihres Auftrags an die Kommission, das Telekommunikationswesen aus seinem verfassungspolitischen, medienpolitischen, industriepolitischen und soziokulturellen Zusammenhang gelöst und seine Problematik auf eine rein technisch-wirtschaftliche Dimension eingeeengt.

Die Bundesregierung hat, durch die Formulierung des Auftrags an die Kommission, von einer Analyse der bestehenden Strukturen des Kommunikations-Systems abgelenkt und die Kommission auf die Erörterung von zukünftigen Kommunikationsformen verwiesen. Dadurch wurde die Interdependenz zwischen der bestehenden Kommunikations-Infrastruktur und künftigen Kommunikationsformen in ihrer Problematik unterbewertet – der Zementierung des Status quo wurde Vorschub geleistet.

Die KtK hat sich damit auf einen Auftrag eingelassen, der die Erörterung der politischen Probleme des Telekommunikations-Systems nicht mehr vorsah. Dadurch manövrierte sich die Kommission in eine Situation, in der sie Empfehlungen aussprechen und Feststellungen treffen konnte, die in ihren politischen Zusammenhängen und Auswirkungen nicht bewertet werden mußten. Aber Aussagen, die politisch nicht bewertet werden, können politisch auch nicht verantwortet werden.

Damit war der ursprüngliche Auftrag an die Kommission, eine Planungshilfe im Bereich der

Kommunikation unter Berücksichtigung der gegenseitigen Interdependenz zwischen Medienpolitik und machbarer Technik für den Zeitraum bis zum Jahre 2000 und darüber hinaus zu schaffen, bereits verspielt.

So wird verständlich, warum im Bereich der Kabelverteilnetze heute eine höchst merkwürdige und politisch höchst brisante Situation entstanden ist:



Salami-Taktik bringt keine Lösung: Kabel-TV-Experte Ulrich Jochimsen.

➤ Die Bundesrepublik hat noch nicht entschieden, ob an der Errichtung und am Betrieb eines Kabelfernsehnetzes ein öffentliches Interesse besteht oder nicht.

➤ Die Bundesregierung hat weiter noch nicht entschieden, ob es regionale, lokale oder bundesweite Netze geben soll.

➤ Die Bundesregierung hat ebenfalls noch nicht entschieden, wie die Trägerschaft des neuen Mediums aussehen soll.

Trotz dieses fehlenden Rahmens ist die Deutsche Bundespost seit über fünf Jahren damit beschäftigt, auf dem Verfügungsweg (durch Verwaltungsvorschriften) die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für ein bundesweites Kabel-Verteilnetz herzustellen.

Erst in den letzten Wochen hat die Deutsche Bundespost durch eine Veränderung der Fernmeldeordnung künstliche Sachzwänge geschaffen:

Es steht außer Frage, daß dadurch die politisch Verantwortlichen zu einer positiven Entscheidung zugunsten eines bundesweiten Breitband-Verteilnetzes der Deutschen Bundespost gezwungen werden. Nur so können sie sich später den Vorwurf ersparen, Fehlplanungen und Fehlinvestitionen Vorschub geleistet zu haben.

Und nachdem die Politik der Post unter anderem auf eine Fest-

legung technischer Standards abstellt, zu deren Einhaltung die produzierende Industrie verpflichtet ist, werden auch die Industrieunternehmen keinerlei Interesse daran haben, auf eine Änderung der Post-Politik im Bereich der Telekommunikation hinzuwirken: Dies würde zu aufwendigen Umstellungen in der Produktion führen, für die heute ja schon die Weichen gestellt werden.

Die so geschaffenen Sachzwänge werden auf Dauer den politischen Entscheidungsspielraum weiter einengen. Von einer Salami-Taktik, wie sie momentan betrieben wird, indem etwa wichtige Entscheidungen über Formen der Trägerschaft fürs neue Medium Kabelfernsehen immer wieder vertagt werden, sind keine Lösungen zu erwarten.

Es besteht die Gefahr, daß die Bundesrepublik auf dem Gebiet der Telekommunikation zum Entwicklungsland wird. Dringlich sind daher keine Arrangements zwischen allen Beteiligten und Interessierten, sondern Grundsatzentscheidungen, die die Medienlandschaft verändern. Dafür liegen ausreichende Erkenntnisse vor.

Es steht fest, daß das von der Post favorisierte Breitbandverteilnetz weitaus weniger Nutzungsmöglichkeiten bietet als schmalbandige Netze oder Breitbandvermittlungsnetze, bei denen alle bestehenden, alle geplanten und für die Zukunft vorstellbaren Dienstleistungen im Bereich der Nachrichtenübermittlung verwirklicht werden können. So dürfte es nicht im allgemeinen Interesse liegen, viele Milliarden DM durch ein Breitbandverteilnetz zu binden und damit eine Reihe von rentablen und gesellschaftlich wichtigen Investitionen und Entwicklungen zu blockieren.

Es ist darum müßig, darüber zu diskutieren, ob zwölf oder 30 Kanäle für die Pilotprojekte zu wählen seien, wenn schon heute feststeht, daß andere Kabeltechnologien einige hundert (!) Rundfunkkanäle bereitstellen können.

Daran wird sich auch durch die Erfahrung mit den Pilotprojekten nichts ändern. Deshalb wäre es politisch redlich und volkswirtschaftlich vernünftig, grundsätzliche Entscheidungen zugunsten größerer Informationsmöglichkeiten – die freilich die medienpolitische Infrastruktur der Bundesrepublik entscheidend verändern würden – zu treffen. Geschieht das nicht, dann muß sich die Regierung den Vorwurf gefallen lassen, bewußt »mehr Demokratie«, nämlich Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit, zu verhindern.

*) Ulrich Jochimsen war Vertreter des Landes Hessen in der »Kommission zum Ausbau des technischen Kommunikations-Systems«.